Resolution der Delegiertenversammlung 2017

beschlossen am 7. Mai in Miesbach

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Power to the People –
politische Teilhabe fördern – Demokratie stärken

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz in Bayern e.V. fordert alle Ebenen des Verbandes dazu auf, sich intensiv für Möglichkeiten der politischen Teilhabe und für die Stärkung unseres demokratischen Systems einzusetzen.

Politische Partizipation fördern

Mit seiner Basisstärke in Form von Kreis – und Ortsgruppen und der in der Satzung festgelegten demokratischen Grundstruktur macht der BUND Naturschutz demokratische Prozesse und Mitbestimmung erlebbar. Wir müssen für Teilhabe und Partizipation auf kommunaler Ebene einstehen, nicht zuletzt um das Verbandsklagerecht des BUND Naturschutz aufrecht zu erhalten. Um Veränderungen herbeizuführen, muss diese Form der politischen Bildung hervorgehoben werden, indem über politische Prozesse aufgeklärt und die Verantwortung auf viele Menschen der Zivilbevölkerung aufgeteilt wird.

Bündnisarbeit ausbauen

Trotz der über fünf Millionen Mitglieder in den Tier-, Umwelt- und Naturschutzverbänden in Deutschland ist es in den letzten Jahren viel zu wenig gelungen zentrale Anliegen des Natur- und Umweltschutzes politisch durchzusetzen. Um seine politische Wirksamkeit zu erhöhen, muss der BUND Naturschutz noch stärker Bündnisse mit anderen NGOs, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden aus dem sozialen, ökologischen und kulturellen Feld eingehen. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften beispielsweise eröffnet dem BUND Naturschutz neue Zielgruppen, die (wie die Kampagne um CETA und TTIP beweist) mit der richtigen Verknüpfung offen für unsere Themen sind und für diese streiten. Hierbei muss der Verband seine „Komfortzone“ verlassen, in Bündnissen neue Themenfelder aushandeln und sich im Sinne einer zukunftsfähigen Gesellschaft für gemeinsame übergeordnete Ziele, die soziale, ökologische und kulturelle Belange gleichermaßen berücksichtigen, einsetzen.

Wichtigkeit von Europa und internationaler Arbeit betonen

Umweltprobleme machen nicht an Grenzen halt. Der BUND Naturschutz muss internationale Vereinbarungen und Gesetzgebungen, wie die Natura 2000 oder Wasserrahmen-Richtlinien, in ihrer Wichtigkeit betonen und vor Aufweichungen schützen. Multiple Krisen und globale Probleme können nur in internationalen Netzwerken bearbeitet werden.

Der Verband muss sich also für den Zusammenhalt der EU als größtes Friedensprojekt aussprechen, Kapazitäten und Kompetenzen (Capacity Building) aufbauen und Ermächtigung (Empowerment) – nicht nur in Ländern des globalen Südens – voran bringen. Aufgabe des Verbandes ist es, in diesem Zusammenhang auch Staatsregierungen klar zu benennen, die zivilgesellschaftliches Engagement unterbinden und Aktivist*innen politisch verfolgen.

Politische Bildung betreiben

Als basisdemokratischer Verband ist es grundlegende Aufgabe des BUND Naturschutz, politische Bildung zu betreiben, damit jeder Mensch befähigt wird, die immer komplexer werdenden Zusammenhänge unserer Welt zu verstehen. Das heißt, ernsthafte Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und auch schon Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Der BUND Naturschutz muss sich hierbei neben anderen Institutionen als Orientierungspunkt verstehen und die selbstverantwortliche Urteilsbildung einer*eines Jeden fördern. Junge Menschen müssen als Expert*innen ihrer Lebenswelt ernst genommen und in ihrer Persönlichkeit gestärkt werden, damit sie sich zu aktiven und mündigen Bürger*innen entwickeln können.

Zugänglich kommunizieren und mit Fakten überzeugen

Um neue Zielgruppen zu erreichen, muss der BUND Naturschutz zugänglich kommunizieren, Anknüpfungspunkte bieten und den Themen die Komplexität nehmen. Dies bedeutet allerdings nicht, auf populistische Halbwahrheiten zu setzen, sondern die verbandliche Stärke der fachlichen Expertise zu nutzen, um mit Fakten zu überzeugen. Der BUND Naturschutz muss der Gratwanderung zwischen echten, kritischen Dialogen und wirkungsvollen, emotionsweckenden Geschichten in Verbindung mit der klaren verbandlichen Leitlinie gerecht werden und diese stets reflektieren. Auf die Glaubwürdigkeit als wissenschaftlich arbeitender Verband zu bestehen, ist hierbei Argument und Grundlage, um Populismus zu begegnen.

Gefahren der Digitalisierung benennen – Pressevielfalt ausbauen

Menschen informieren sich zunehmend in sozialen Netzwerken im Internet und bekommen somit im Vergleich zu früher Nachrichten größtenteils individualisiert und gefiltert („Filter Bubbles“). Dies ist Chance und Risiko zugleich. Der BUND Naturschutz muss die Frage bearbeiten, wie er einerseits verstärkt in sozialen Netzwerken auftreten und andererseits Gegenstrategien zur sogenannten Blasenbildung entwickeln kann. Die Erhaltung und der Ausbau der vielfältigen Presselandschaft muss hierbei, als Grundlage kritischer Meinungsbildung, zentrales Ziel sein. Die weiter voranschreitende Privatisierung der Medienlandschaft und deren Diffamierung sieht der Verband mit großer Sorge, da die bestehende Informationsvielfalt hierdurch gefährdet wird. Der BUND Naturschutz muss junge Menschen bei der Medienarbeit einbeziehen und sie als Expert*innen ihrer Zielgruppe ernst nehmen.

Inklusion und demokratische Werte fördern

Bei der Beachtung der vorangestellten Punkte darf kein Mensch ausgegrenzt werden. Demokratie ist kein Zustand, der irgendwann erreicht ist, sondern ein Prozess, der durch die Beteiligung einer*eines jeden Einzelnen lebt und mitgetragen wird. Der BUND Naturschutz lehnt deshalb menschenfeindliche Äußerungen und Handlungen entschieden ab und setzt sich für Toleranz und Chancengleichheit ein. Das bedeutet, sich auch konsequent gegen rechte Gruppierungen und Parteien zu positionieren, die teilweise unsere Forderungen aufgreifen und diese mit rassistischen, diskriminierenden und demokratiefeindlichen Inhalten füllen. Ein Zulauf zu rechten Gruppierungen und Parteien muss unbedingt verhindert werden, nicht zuletzt weil das eine Schwächung unseres Verbandes bedeuten würde. Deshalb setzt sich der BUND Naturschutz für die Grundwerte Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität, sowie die Einhaltung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte ein.

Als basisdemokratischer Verband ist es die Aufgabe des BUND Naturschutz in Bayern e.V. und der Jugendorganisation BUND Naturschutz politische Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, die Zivilgesellschaft einzubeziehen und rechtsfaschistische Positionen entschieden abzulehnen.